

## Krippen sind nicht alles

Der Einfluß der Betreuungs-Infrastruktur auf die Geburtenrate / Von Rüdiger Soldt

Kann die Einrichtung von zusätzlichen Krippenplätzen in Deutschland an der zu niedrigen Geburtenrate etwas ändern? Würden sich vor allem berufstätige Frauen eher für das erste Kind entscheiden, wenn sie wüßten, daß ihrem Kind ein Hortplatz sicher ist? Die Familienministerin Renate Schmidt bejaht diese Frage zu meist mit dem Hinweis auf die Erfahrungen in den skandinavischen Ländern. Auch aus diesem Grund wollte Frau Schmidt die Einrichtung von mehr Hortplätzen noch unbedingt in dieser Legislaturperiode durchsetzen. Mit dem „Tagesbetreuungs-ausbaugesetz“ (TAG) sind hierfür jetzt die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden.

Die Antwort der Wissenschaftler, der Soziologen und Demographen, auf diese Frage ist aber - wie so oft in der Wissenschaft - ein klares Jein. Weil „Bevölkerungspolitik“ aus historischen Gründen und mit einigem Recht in Deutschland mit einem Tabu belegt war, sind die Datenlage und die Erkenntnisse der Forscher auch heute noch spärlich.

Am Max Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock hat die Soziologin Michaela Kreyenfeld zusammen mit Kollegen vom Mannheimer Forschungsinstitut für Ökonomie und demographischen Wandel und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin den Zusammenhang von öffentlichen sowie informellen Möglichkeiten der Kinderbetreuung und dem Fertilitätsverfahren von Frauen untersucht. „In den westlichen Bundesländern gibt es einen schwachen Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Großmüttern und der Fertilität. In den ostdeutschen Ländern gibt es einen deutlich wahrnehmbaren Zusammenhang zwischen Betreuung und der Entscheidung für das erste Kind“, sagt Michaela Kreyenfeld.

In den westdeutschen Ländern sei die Versorgungsquote mit Krippenplätzen aber überall so gering, daß es nicht möglich sei, wissenschaftlich seriös die Geburtenrate in Regionen mit einem guten und solchen mit einem schlechten Betreuungsangebot zu vergleichen. Außerdem sei die Versorgungsquote mit Hortplätzen nicht der einzige Indikator, von dem berufstätige Frauen ihre Entscheidung für oder gegen ein Kind abhängig machen, sagt Kreyenfeld. „Es müssen eigentlich auch die Wahrscheinlichkeit, überhaupt einen Hortplatz zu bekommen, und die Qualität des Angebotes berücksichtigt werden, wenn über den Zusammenhang von Betreuung und Fertilität eine Aussage getroffen werden soll.“ (...)



Nach der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) aus dem Jahr 2000 haben zwei Drittel der befragten Mütter – im

Alter zwischen 30 und 40 Jahren - gesagt, ein Kleinkind werde darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig sei. Einen größeren Einfluß auf die Entscheidung für das erste Kind hat nach der Studie des Max-Planck-Institutes das Vorhandensein von „sozialen Netzwerken“, die in der Gesellschaft mehr Akzeptanz genießen. (...)

In Westdeutschland wirke sich also die Verfügbarkeit eines familialen Netzwerks positiv auf das Geburtenverhalten aus. Nur geringfügige Änderungen des Betreuungssystems in den westdeutschen Ländern hätten deshalb keinen Effekt auf das Familiengründungsverhalten, vielmehr seien vielfältige familienpolitische Maßnahmen nötig, zum Beispiel deutliche Erleichterungen bei der Einkommensteuer für Familien. Außerdem müßte die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft gesellschaftlich stärker akzeptiert sein, als das zur Zeit der Fall ist.

Auch eine Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (1257 Interviews) kommt zu dem Ergebnis, daß das Vorhandensein von Krippenplätzen nur in geringem Umfang den Entschluß für das erste Kind motiviert. „Mehr als in anderen Ländern dominiert in Deutschland die Überzeugung, daß sich Berufstätigkeit und Mutterschaft nur schwer vereinbaren lassen“, heißt es in der Allensbach-Studie. Dies habe zu einer „ausgeprägten Orientierung an dem Drei-Phasen-Modell“ geführt, das die Familienphase erst nach der Ausbildung und mehreren Berufsjahren vorsehe.

Die Autoren der Umfrage sehen in dem „engen Zeitfenster“ nach der Ausbildung den wesentlichen Grund für den Geburtenrückgang in Deutschland; dies habe eine späte Familiengründung und weniger Kinder zur Folge. „Die Vorstellung, bereits während der Ausbildung oder der ersten Berufsjahre Kinder zu bekommen, ist der großen Mehrheit fremd.“ Die langen Ausbildungszeiten in Deutschland könnten demnach wesentlich stärker für den Geburtenrückgang

verantwortlich sein als das Fehlen von Hort- oder Krippenplätzen. Nur 25 Prozent der Befragten im Alter zwischen 18 und 44 Jahren nennen das Vorhandensein von Hortplätzen als Voraussetzung, um sich für Kinder zu entscheiden.

Beim Blick auf die Allensbach-Umfrage fällt auf, daß das gesellschaftliche Verlangen und Bewußtsein für den Ausbau der Kinderbetreuung offensichtlich nicht so stark ist, wie dies oftmals vermutet wird: Denn 61 Prozent der Eltern sagen, das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen sei ausreichend; nur 29 Prozent halten es für verbesserungsbedürftig. Von den Kinderlosen mit Kinderwunsch geben nur 13 Prozent an, die nicht vorhandene Betreuung spreche gegen Kinder. Bei der Frage, was wichtiger sei, die Erhöhung des Kindergeldes um 30 Euro oder die Verbesserung des Betreuung, geben 48 Prozent dem Kindergeld und 35 Prozent der Betreuung den Vorzug.

Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hat allerdings methodische Einwände gegen die Umfrage: Erstens sei das Lebensalter der befragten Mütter entscheidend; eine 18 Jahre alte Abiturientin stehe vor anderen Entscheidungen als eine 32 Jahre alte promovierte Betriebswirtin. Zweitens sei das Ergebnis der -Umfrage auch deshalb sehr kritisch zu bewerten, weil die Frauen über etwas befragt würden, was es noch nicht gebe, sagt Frau Spieß.

Im Familienministerium heißt es zur Allensbach-Umfrage, der Ausbau des Krippenplatzangebotes sei nur ein Hebel einer nachhaltigen Familienpolitik, es komme auch darauf an, wie familienfreundlich Unternehmen seien und welche steuerlichen Erleichterungen es gebe. Außerdem sei die Linderung der demographischen Krise nur ein Aspekt. „Wir wollen ja auch die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit noch verbessern.“

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13.11.2004.